

13.11

Abgeordneter Dr. Johannes Hübner (FPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegen! Herr Minister! Frau Kollegin Winzig! Ja, Sie haben sich mit Ihrer Rede wieder schön in die bisherigen Reden der Abgeordneten der Regierungsfractionen und der Regierungsmitglieder eingeklinkt, die offenbar verwechseln, dass sie hier nicht eine Propagandafiliale der Europäischen Union oder Kommission sind, sondern ein Teil der österreichischen Volksvertretung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir brauchen uns nicht ständig ein- und vorzureden, dass die Europäische Union das Einzige und das Beste ist, wenn wir dafür keine Argumente, keine Gründe haben. Und was die Gründe betrifft, hört man immer das Gleiche. Man hört: Na ja, ohne die Europäische Union würde es wahrscheinlich einen Krieg geben – Friedenswerk. Das Zweite: Na ja, wir sind zu klein. Das Dritte: Ohne die Europäische Union wäre alles viel schlechter. Und das Letzte ist natürlich das wichtigste Killerargument: Die Europäische Union ist alternativlos.

Alles andere, was sich nicht auf dieser Argumentationslinie bewegt, ist dann Populismus oder – eine neue Wortschöpfung – Brandstifterei. Da sind sich ja alle vier eurofanatischen Parteien einig. Das sind also Brandstifter, die dafür plädieren, dass man nicht in dieser Union bleibt.

Ein kurzer Blick: Was hat die Union bei den wichtigsten Themen, für die sie da ist, zuwege gebracht? Was hat sie in der Wirtschaftspolitik zuwege gebracht? – Wir sind seit 2008 in der größten Krise Europas gefangen, in einer Stagnation, und kein wirtschaftlicher Block oder kein Wirtschaftsraum der Welt hat diese Krise schlechter bewältigt als die Europäische Union und in der Europäischen Union die Eurozone. *(Abg. Krainer: Stimmt nicht!)* Die Eurozone ist ein völliger Fehlschlag. *(Abg. Krainer: Stimmt nicht! ... falsch!)* Mindestens vier Länder in Europa befinden sich in einem Zustand verheerender Stagnation. Diese vier Länder und auch der Rest Europas erleben einen permanenten Abbau der Realeinkommen und ein Auseinandergehen der sozialen Klüfte.

Griechenland ist erwähnt worden, aber auch in Portugal, Spanien und weiten Teilen Italiens ist die Situation ähnlich. Diese Länder befinden sich ausschließlich bedingt durch den Euro – ich sage, **ausschließlich** bedingt durch den Euro – in einer für sie unlösbaren Krise.

Aber betrachten wir weitere Bereiche: Was hat die EU für das Äußere gemacht? – Also die illegale Einwanderungssituation ist durch die Europäische Union nicht verbessert, gelöst oder erleichtert, sondern erschwert worden. Die einzigen vernünftigen Lösungen haben einzelne Staaten gegen den Willen der Europäischen Union getroffen. Da gehört teilweise auch Österreich dazu, vor allem aber Ungarn.

Betrachtet man jetzt die große Außenpolitik, betrachtet man Russland: Da haben wir uns überhaupt in die Fänge einer ausländischen, einer nicht europäischen Macht begeben und gegen unsere eigenen und gegen die europäischen Interessen eine Sanktionspolitik, die uns schwer schädigt, mitgetragen. Damit wenigstens etwas Positives herauskommt, damit wir in einer Sache der Europäischen Union einen positiven Impuls geben, stelle ich daher folgenden Antrag:

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Dr. Hübner, Kolleginnen und Kollegen betreffend Aufhebung der Russland-Sanktionen

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation unverzüglich aufgehoben werden.“

Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ sowie des Abg. Gerhard Schmid.)*

13.14

Präsident Ing. Norbert Hofer: Der Entschließungsantrag ist ausreichend unterstützt, ordnungsgemäß eingebracht und steht mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Dr. Hübner und weiterer Abgeordneter betreffend Aufhebung der Russland-Sanktionen

eingebracht im Zuge der Debatte über Tagesordnungspunkt 1, EU-Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 74b Abs. 1 lit b der Geschäftsordnung des Nationalrates, in der 136. Sitzung des Nationalrates in der XXV. GP am 6.7.2016

Mitte Juni 2015 haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union darauf geeinigt, die im Juli 2014 verhängten Sanktionen gegen die Russische Föderation um weitere sechs Monate – also bis Jänner 2016 – zu verlängern. Diese Strafmaßnahmen betreffen vor allem Russlands Energiewirtschaft sowie den Verteidigungs- und Finanzsektor.

Diese Politik der Europäischen Union gegen Russland hat mittlerweile beachtlichen Schaden für die Volkswirtschaft der Republik Österreich gebracht. Laut Statistik Austria sind die österreichischen Exporte im Jahr 2014 – verglichen mit dem Jahr 2013 – um 8 Prozent zurückgegangen. Noch dramatischer sind die Zahlen für das 1. Quartal 2015 zum Vergleichszeitraum: So sind die Einfuhren um 48,7 Prozent sowie die Ausfuhren um 39,8 Prozent gesunken.

Sogar auf der Internetseite des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft wird die Studie des WIFO "Makroökonomische Effekte des Handelskonflikts zwischen der EU und Russland" aus dem Dezember 2014 folgendermaßen zusammengefasst:

„Das WIFO berechnet diese Gesamteffekte für Österreich aufgrund des nicht vorhersehbaren weiteren Verlaufs der Krise über drei Szenarien und kommt dabei zu dem Schluss, dass die Sanktionen gegen Russland zwischen 9.000 und 45.000 Arbeitsplätze gefährden könnten und die Wertschöpfung zwischen 0,6 und 2,9 Mrd. € gedämpft werden könnte.“

([http://www.bmfwf.gv.at/Aussenwirtschaft/Seiten/Bundesregierung unterstuetzt-Unternehmen.aspx](http://www.bmfwf.gv.at/Aussenwirtschaft/Seiten/Bundesregierung%20unterstuetzt-Unternehmen.aspx) ; abgerufen am 06. Juli 2015)

Das WIFO kommt in der o.a. Studie weiters zu folgendem Ergebnis: „Kurzfristig ist von den Export- und Tourismusaussfällen und deren Rückwirkungen auf Exporteure und deren Lieferanten 0,2% der Beschäftigung betroffen; im ungünstigsten Fall (...) steigt dieser Anteil auf 1,1%. Die BIP-Effekte liegen zwischen 0,2% und 1%.“

Gerade in Hinblick auf die österreichische Staatsverschuldung und die Zahl der Arbeitslosen – in beiden Bereichen haben wir einen historischen Höchststand erreicht – scheint die Politik gegen Russland auch aus eigenem Interesse verantwortungslos.

Dies verdeutlichen die folgenden Zitate:

„Die Zahl der Jobsuchenden ist auch im Juni weiter gestiegen. 381.898 Personen (inklusive Schulungen) waren auf Jobsuche, ein Zuwachs im Jahresvergleich von 7,7 Prozent. Immer dramatischer wird die Lage für Langzeitarbeitslose, 32.720 Personen waren länger als ein Jahr ohne Arbeit, eine Zunahme von 182 Prozent. Die Arbeitslosenquote stieg um 0,9 Prozent auf 8,3 (Eurostat-Berechnung: 6) Prozent. [...]

Doch nicht nur vom Arbeitsmarkt ist derzeit keine Entspannung zu vermelden. Auch was die öffentlichen Schulden betrifft geht es weiter bergab, oder eigentlich bergauf. Der Schuldenstand hat einen historischen Höchstwert erreicht. Laut Daten der Statistik Austria betrug er am Ende des ersten Quartals 280,2 Mrd. Euro oder 84,9 Prozent des BIP. Damit stiegen die Schulden im Vergleich zum Dezember noch einmal um 0,3 Prozent des BIP. Ein noch deutlicheres Plus zeigt sich im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres. Hier ergibt sich ein Anstieg von 17,2 Mrd. bzw. 3,8 Prozent des BIP.“

(<http://www.boerse-express.com/pages/1565603>; abgerufen am 06. Juli 2015)

Österreich hat von Jänner bis Oktober 2015 waren im Wert von 1,62 Mrd. Euro nach Russland geliefert - um 40,5 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum 2014.

Trotz all dieser negativen Auswirkungen hat die Europäische Union nunmehr abermals eine weitere Verlängerung der Sanktionen bis Jänner 2017 beschlossen.

Am 21.6.2016 war auf <http://orf.at/stories/2345735/> wie folgt publiziert:

„EU-Staaten verlängern Russland-Sanktionen bis 2017

Die Wirtschaftssanktionen der EU gegen Russland werden um ein weiteres halbes Jahr verlängert. Ein entsprechender Beschluss dazu fiel heute in einem Rundlaufbeschluss der EU-Staats- und -Regierungschefs.

Der geplante Beschluss sei bereits unter den EU-Partnern akkordiert, hatte es zuvor geheißen. Die Europäer machen die Beendigung der Sanktionen bisher von der vollständigen Umsetzung des Minsker Friedensplans zum Ukraine-Konflikt abhängig. Nun gelten sie bis Jänner 2017.

Am Freitag hatte die EU bereits ihre Sanktionen wegen der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland um ein weiteres Jahr verlängert. Moskau bot seinerseits der EU die Aufhebung seiner Sanktionen an.“

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation unverzüglich aufgehoben werden.“

Präsident Ing. Norbert Hofer: Zu Wort gelangt nun Herr Abgeordneter
Mag. Rossmann. – Bitte.